

Zur Neugestaltung des britischen Stimmrechts

(Von unserem Korrespondenten)

C. C. S. London, Ende Mai.

Einem konservativen Justizminister war es vorbehalten, dem Haus der Gemeinen die durchgreifendste Wahlreformbill vorzulegen, die Großbritannien je erlebt hat, seit im Jahre 1832 die erste Reformakte eine Bresche brach in die Vorrechte der landbesitzenden Oligarchie, die seit Jahrhunderten in beiden Zweigen des Parlamentes schaltete und waltete wie es ihr gefiel. Sir George Cave, der Home Secretary im Ministerium des Herrn Lloyd George gehört allerdings der konservativen Partei an; aber dieser Umstand ist tatsächlich belanglos, da die Bill, der er zu Gevatter stand, nicht von ihm herkommt, auch keine Parteimaßregel ist, sondern in allen Einzelheiten von einem Ausschuss ausgearbeitet wurde, in dem unter dem Vorsitz des Sprechers Lowther alle Parteien des Unterhauses vertreten waren. Auch ein Weltkrieg hat sein Gutes. Wenn dem Unterhaus Zänkereien erspart worden sind wie sie Ende der sechziger Jahre vorliefen, als Benjamin Disraeli den Whigs „die Kleiderstahl“ und in deren Aufpuß umherstolzte, und in den achtziger Jahren, als Gladstone den Tories zum Trotz die dritte Erweiterung des parlamentarischen Stimmrechts durchsetzte, so ist an diesem Unterbruch des Partehaders der Krieg schuld, der Konservative und Liberale, ja sogar Arbeiter und Peers in Sprecher Lowthers Ausschuss wie Brüder beisammen wohnen ließ.

Natürlich ist schon bei der gestrigen zweiten Lesung des Gesetzes auf den hindern Bänken der konservativen Partei eine Grönde zustand gekommen, die man als den Aufstand der Obersten bezeichnen kann, weil zwei Militärs mit diesem Rang, die Obersten Sanders und Shee, die Verwerfung der Gesetzesvorlage beantragten. Die Feindschaft dieser zwei, überhaupt vieler aus den Grasschaften ins Unterhaus zur Unterstützung der konservativen Partei geschickten Abgeordneten ist leicht verständlich. In der Reformbill befinden sich Abschnitte, die eine Neueinteilung der Wahlkreise nach der Bevölkerungszahl vorschreiben. Diese Neueinteilung ist nun dem Tory von der alten Schule, der nichts gelernt und nichts vergessen hat, noch mehr verhaßt als das parlamentarische Frauenstimmrecht, das zum ersten Mal hier auf der Bildfläche erscheint. Denn mit der Neueinteilung verschwinden eine große Zahl ländlicher Wahlkreise, die man bislang als uneinnehmbare Hochburgen des Konservatismus ansah und die als Zufluchtsstätten gehetzter Torypolitiker von den Drahtziehern sehr geschätzt wurden. Mit dem Frauenstimmrecht kann man sich eher abfinden, zumal die Mehrzahl der stimmberechtigten 6 Millionen Frauen verheiratet sein werden. Nur etwa eine Million haben keinen männlichen Ratgeber ex officio zur Seite. Und da die Stimmberechtigung bei den Frauen erst mit dem zurückgelegten 30. Lebensjahr anfängt, so ist der „Sprung in das Dunkel“ nicht einmal sehr groß, zumal die Vermehrung auf weiblicher Seite einigermaßen ausgeglichen wird durch zwei Millionen neuer männlicher Wähler, zumeist Soldaten und Matrosen im Kriegsdienst.

Vor allem bedeutet das neue Gesetz eine bemerkenswerte Vereinfachung des bisherigen Stimmrechts, das sieben verschiedene Arten Wähler kannte. Jetzt sind es nur noch drei, einschließlich das den Universitätsgraduierten zugestandene Stimmrecht, das wohl wie bisher von abwesenden Wählern brieflich ausgeübt werden kann. Am meisten billigt man die Einführung desselben Wahltages für alle Wahlorte, ländliche und städtische, und die versuchsweise Einführung des Proporz, der dem Premier ansfangs nicht gefiel. Diese Klippe ist augenscheinlich entfernt worden seit der ersten Lesung des Gesetzes. Eine weitere Schwierigkeit entdeckt man in dem Einschluß Irlands in die Reformbill. In dem Home Rule-Gesetz ist nämlich die irische Abordnung im Reichsparlament auf 40 reduziert, während jetzt allein die Zahl der Nationalisten und O'Briens Gefolgschaft 80 übersteigt. Soll man die bisherige Zahl von 110 irischen Vertretern beibehalten oder warten, bis die Home Rule-Bill ein Jahr nach dem Kriege zum Gesetz wird, falls nicht die von der Regierung angebotene Konvention die vorherige Einführung der Selbstverwaltung beschließt? Wie man sieht, fehlt es an Schwierigkeiten nicht, die wohl bei der dritten Lesung ausgeglättet werden. Immerhin ist es ein

gutes Zeichen, daß nur 40 Abgeordnete dem Rat hatten, gegen die zweite Lesung zu stimmen. In Regierungskreisen ist man über den Erfolg dieser vom Ausschuss des Sprechers entworfenen Bill so erfreut, daß man die Ausarbeitung eines weitem Gesetzes zur Neugestaltung des Oberhauses einem ähnlichen Ausschuss zweifeln will.

6. VI. 1917